

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

2. Jahrgang.

Freitag, 28. Juli 1922.

Nr. 175.

Besöhnigung des Rechtsbruchs.

Geht die Schuldigen das Grauen an? In einem Teil der Presse herrscht diese Meinung und auch in Berlin scheint man dieser Auffassung zu sein, die bayerische Regierung habe nachträglich die Ueberzeugung gewonnen, daß sie auf der Bahn der Zerstörung der Reichseinheit weiter gegangen sei, als sie gehen wollte und als dem Interesse Bayerns augenblicklich zweckdienlich ist. Die Reichsregierung will darum, ehe sie andere Mittel gegen das rebellische Bayern anwendet, der bayerischen Regierung Brücken bauen, damit sie den Weg zur Einigung in die Gesamtheit der Bundesstaaten zurückfinde. Den bayerischen Sonderbestrebungen soll sogar bis zu dem Punkte Rechnung getragen werden, daß den im Schutzgesetz normierten Reichsgerichten zur Aburteilung monarchistischer Verbrecher bayerische Senate angegliedert werden sollen.

Das Verhalten der bayerischen Regierung selbst zeigt allerdings noch nicht, daß sie einwilligen beabsichtige, sie will vielmehr, wie es heißt, die Entwicklung der Dinge „an sich heran kommen lassen“ und hält indessen Reichsmehr und Landespolizei in „steter Bereitschaft“. Ein herrliches Bild, an dem alle Feinde Deutschlands, an dem vor allem der französische Imperialismus, innige Freude haben kann. Nach zwei Jahren bürgerlicher, deutschnationaler Herrschaft ist es also so weit gekommen, daß Bayern dabei angelangt ist, bewußt im Sinne Frankreichs zu wirken, das es je eher, je lieber sehen würde, wenn Deutschland zerfällt und in Atome aufgelöst wäre wie einst, um so, aus tausend Wunden blutend, ohnmächtig am Boden liegend, Frankreich Vasallendienste zu leisten.

Es ist aber doch wohl kaum ein Rest von Scham, vielmehr die Besorgnis vor dem steigenden Widerstand und der wachsenden Ernüchterung im eigenen Lande, wenn die bayerische Regierung den von ihr vollzogenen Bruch der Reichsverfassung mit allerlei Gründen zu beschönigen sucht. Sowohl die Sonderverordnung der bayerischen Regierung, wie auch die vom Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld im Landtage über diese Verordnung abgegebene Erklärung sind auf den Ton gestimmt: Landesrecht bricht Reichsrecht! Eine Auslegung der Stellung Bayerns zu Deutschland, die, wenn sie weitere Ausdehnung gewänne, den Begriff des Deutschen Reiches zur lächerlichen Farce machen würde! Die bayerische Regierung versucht sich damit auszureiben, daß sie erzählt, der Inhalt des Schutzgesetzes und sein Zustandekommen habe eine „große Erregung des bayerischen Volkes“ hervorgerufen, welche „Erregung“ zu einer „erheblichen Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ führen würde, weshalb sie das Schutzgesetz „nicht ohne Vorbehalt“ vollziehen könne. Dabei ist es die Regierung selber, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht und durch ihr Verhalten sogar die Gefahr des Bürgerkriegs in bedrohliche Nähe rückt. Der Herr Graf Lerchenfeld will auch entdeckt haben, daß die vom Reichstage beschlossenen Maßnahmen den Grundgedanken einer „wahren Demokratie“ widersprechen und die „Richtung auf eine Klassenherrschaft“ nehmen. Trotz des Ernstes der Lage kann man sich der Heiterkeit nicht erwehren: Bayern als Hüter und Retter der Demokratie! Man traut kaum seinen Augen: just in Bayern, in dem eine Minderheit das ganze übrige Deutschland zu terrorisieren und zu kommandieren sucht, ist das „Volk“ über die Bedrohung der „wahren Demokratie“ so außer Rand und Band, daß diese Erregung sogar die Ruhe und Sicherheit gefährden könnte, wenn nicht die wackere bayerische Regierung die bedrohte wahre Demokratie wenigstens für das Gebiet Bayerns in Schutz nehmen würde! Wahrhaftig, das waagt Graf Lerchenfeld, der Ministerpräsident des Landes, das wie kein zweites ein Hort der Reaktion, das Zentrum der monarchistischen Verschwörer- und Mörderorganisationen ist, der Welt allen Ernstes vorzutragen!

Ein letzter Vermittlungsversuch der Reichsregierung.

Brief Eberts an Lerchenfeld.

Berlin, 27. Juli. (Eigenbericht.) Die Reichsregierung will es nicht auf einen Bruch mit der bayerischen Regierung ankommen lassen, sie versucht es noch einmal mit einer Vermittlungsdaktion. Dem Kabinettsrat, der wegen der bayerischen Affäre heute zweimal tagte, wurde ein Brief des Reichspräsidenten vorgelegt, den dieser an den bayerischen Ministerpräsidenten gerichtet hat und der morgen früh in München überreicht werden soll. Der Inhalt des Briefes ist noch nicht bekanntgegeben, doch weiß man, daß der Reichspräsident die bayerische Regierung um Zurückziehung der Verordnung und um die Durchführung der Reichsgesetze ersucht. Sollte dieser Schritt erfolglos sein, so will der Reichspräsident von seinem ihm nach der Verfassung zustehenden Rechte Gebrauch machen und die Verordnung aufheben. Es ist kaum anzunehmen, daß dieses zurückhaltende Vorgehen auf die regierenden Münchner reaktionären Kreise großen Eindruck machen wird. Es wird der Reichsregierung schon nichts anderes übrig bleiben, als schärfere Maßnahmen zu ergreifen.

Bayern auf dem Scheidewege.

Die Reichsregierung erklärt die Verordnung Bayerns als verfassungswidrig und ungültig. — Monarchistische Hehe im bayerischen Oberland. — Kabinettsrat in Berlin. — Aufruf der bayerischen Gewerkschaftsverbände an die republikanische Bevölkerung. — Die Erklärung der Reichsregierung.

Berlin, 28. Juli. Zum Konflikt mit Bayern veröffentlicht das Wolffbüro eine amtliche Rundgebung, in der es u. a. heißt: Nach einstimmiger Auffassung der Reichsregierung ist die Verordnung der bayerischen Regierung verfassungswidrig und ungültig. Kein Satz der Reichsverfassung gibt einem Lande das Recht, das Inkrafttreten eines Reichsgesetzes deshalb zu verhindern, weil es bei einem Teile der Bevölkerung auf Widerspruch stoßen würde. Wenn man den Ländern diese Befugnisse zugestehen würde, so würde dies das Ende der deutschen Reichseinheit bedeuten. Das Reichsgesetz zum Schutze der Republik ist vom Reichsrat mit mehr als einer Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Für das Gesetz haben im Reichsrat alle Landesregierungen, mit Ausnahme Bayerns, gestimmt. Im Reichstage ist das Gesetz gleichfalls mit Zweidrittelmehrheit beschlossen worden. Es darf nicht davon gesprochen werden, daß das Gesetz die in der Verfassung begründeten Grundzüge verleihe. Deutschland ist durch den Schritt der bayerischen Regierung äußeren Wirren und Gefahren ausgesetzt. Die Reichsregierung bedauert dies umso mehr, als die außenpolitische Lage gerade gegenwärtig ein einmütiges

Zusammengehen von Reich und Ländern zur Pflicht macht. Aufgabe der Reichsregierung ist es, die Reichseinheit wieder herzustellen. Die bayerische Regierung hat durch den Mund ihres Ministerpräsidenten ein klares und festes Bekenntnis zum Reiche und zur verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform abgelegt. Auf Grund dieses Bekenntnisses erwartet die Reichsregierung, daß die bayerische Regierung sich den Forderungen nicht entziehen wird, welche die Reichsregierung im Interesse der Einheit des Reiches zu stellen genötigt sein wird.

Die kritische Lage in Bayern.

München, 27. Juli. Die nordbayerischen Bürgermeister haben beim bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld vorgeschlagen und ihrem Willen zum Schutze des Reiches kundgetan. Ebenso haben die pfälzischen Bürgermeister erklärt, daß der Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche so rasch wie möglich auf verfassungsmäßigem Wege beigelegt werden müsse. Die pfälzische Sozialdemokratie hat die republikanische Bevölkerung zu einer Versammlung eingeladen, in der die Abwehrmaßnahmen zum Schutze der deutschen Republik beraten werden sollen. Die christlichen Gewerkschaften, die politisch in der bayerischen Volkspartei organisiert sind, erklären, daß

das republikanische Deutschland eine Lanze zu brechen. Die deutsche Reichsregierung verfügt zweifellos über genug Mittel, die Rebellion der bayerischen Regierung zu brechen. Wenn sie diese noch nicht zur Anwendung bringen und voreerst den Weg der Verständigung suchen sollte, sind damit die Gefahren, welche Bayerns verfassungswidriges Vorgehen gesetzt hat, nicht gebannt. Auch die Größe des von der bayerischen Monarchistenregierung an Volk und Staat verübten Verbrechens erscheint darum nicht kleiner. Unauslöschlich bleibt die Schmach, daß das bayerische Bürgertum in der Zeit des schwersten Ringens um Deutschlands Wiederaufbau, seines schwersten Existenzkampfes, dem Reiche in den Rücken fällt, seine Kraft schwächt und sein Ansehen und sein Vertrauen im Ausland unterwühlt. Das ist die hakenkreuzlerische Treue zum Deutschen Reiche! Es ist nicht das erstemal, daß das Treiben der Deutschnationalen dem eigenen Volke die schmerzhaftesten Wunden zufügt. Die Tatsache, daß die bayerische national-monarchistische Regierung durch den von ihr versuchten Rechtsbruch schwerste Sünde auf sich geladen, vermag keine auch so gesuchte Erklärung zu beschönigen.

Rein zweites Land bedroht ähnlich die Demokratie Deutschlands, wie dies Bayern tut, das in seiner Stellung zum Reiche und in seinen inneren Einrichtungen täglich den Begriff der Demokratie schändet. Die bayerische Regierung unterläßt es auch nicht, ihre Treue zur Reichseinheit zu beteuern. Im selben Augenblicke, da sie sich des Hochverrates an dieser Einheit des Reiches schuldig macht und die Bevölkerung zum Rechtsbruch und zum Ungehorsam gegen das Reich auffordert! Die Unsinnsigkeit der Beschönigungen, mit denen die bayerische Regierung ihr Vorgehen zu verteidigen sucht, leuchtet schon aus der Tatsache hervor, daß der Artikel 13 der Reichsverfassung ausdrücklich feststellt: Reichsrecht bricht Landesrecht! Damit allein schon ist die Verfassungswidrigkeit des Vorgehens Bayerns hinlänglich erwiesen. Das Schutzgesetz wurde rechtsgültig, wenn auch gegen den Einspruch Bayerns, vom Deutschen Reichstage beschlossen und damit hat es auch für Bayern Geltung erlangt, dem keinerlei Vetorecht dagegen steht. Was uns so deutlicher hervorgehoben werden muß, als auch bei uns die hakenkreuzlerische Presse die „Gründe“ der bayerischen Regierung und ihrer Hintermänner aufzugreifen sucht, um für die bayerische Reaktion gegen

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . K 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.— Für Deutschösterreich monatlich SK 600.— für Deutschland SK 40.— Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich 16 Bl.

nach Annahme der Reichsgesetze im Reichstage ihre Durchführung in Bayern zu garantieren ist.

Zur Abwehr der antirepublikanischen Bewegung hat der Landesauschuh der bayerischen Gewerkschaftsverbände einen Aufruf an die bayerische Bevölkerung erlassen, in welchem er zur Vereinigung aller reichstreuen und republikanischen Elemente in Bayern auffordert.

Inzwischen gehen aber auch die antirepublikanischen Demonstrationen im bayerischen Oberlande weiter. In einer Versammlung des Alldeutschen Verbandes äußerte der Reichert, daß man sich mit den russischen Monarchisten verbinden müsse, die bald zum Siege gelangen werden. Man müsse dies tun, auch auf die Gefahr hin, daß weitere Befehle Deutschlands durch die Entente erfolgen. Durch diese Befehle würde die Republik in Deutschland erledigt werden. In einem Orte des bayerischen Oberlandes fand ein Regimentsfest der schweren Reiter statt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Wittelsbacher Prinz Alfons eine Rede, in welcher er behauptete, daß die stolze und unbefiegbare deutsche Armee am Boden liege, und alle Reiter aufforderte, die alten Traditionen hochzuhalten.

Der Landesauschuh der bayerischen Mittelpartei erklärt, daß er nur solange hinter der Regierung Lerchenfeld steht, als sie unbeeinträchtigt bei der bayerischen Ausnahmeverordnung verharre. Der Bund der Landwirte, die Organisation der nordbayerischen Bauern, erklärt, daß er sich keine einseitige antinationale Massenzustimmung des Reichstages gefallen lassen werde. In einer Volkversammlung der Deutschen Nationalen sprach Reichert von Kehlauer über die augenblickliche Lage und forderte die Anwesenden auf, im Kampfe gegen die Reichsausnahmeverordnungen durchzuhalten. Die augenblickliche Lage hänge in ihrer Entwicklung von den Forderungen ab, welche die Reichsregierung in den nächsten Stunden an die bayerische Regierung richten werde.

Einberufung des Reichstages?

Berlin, 27. Juli. Nach der „Vossischen Zeitung“ wird der Reichspräsident nicht unmittelbar von seinem verfassungsmäßigen Rechte der Aufhebung der bayerischen Verordnung Gebrauch machen, sondern der bayerischen Regierung den Weg zeigen, wie sie selbst wieder auf den Boden der Verfassung zurückfinden könnte. Es wurde angekündigt, daß Graf Lerchenfeld demnächst nach Berlin kommen würde, um mit der Reichsregierung zu verhandeln.

Die der „Vorwärts“ mitteilt, ist Reichstagspräsident Lohse, der zeitweilig von Berlin abwesend war, wegen der gespannten politischen Lage am Mittwoch Nachmittag nach Berlin zurückgekehrt, um mit der Reichsregierung über die eventuelle Einberufung des Reichstages Besprechungen zu führen. Der Reichstagsauschuh wird wahrscheinlich Freitag zusammenzutreten, um über die Einberufung des Reichstages Beschluß zu fassen.

Berlin, 27. Juli. (Wolff.) Die Frage der Einberufung des Reichstages kann erst zur Erörterung kommen, wenn die Vermittlungsdaktion, die Reichspräsident zwischen der Reichsregierung und der Landesregierung von Bayern zu unternehmen gedenkt, durchgeführt sein wird. Dann wird der Reichstagspräsident über die Einberufung des Reichstages beraten.

Die Arbeiterpresse verlangt Anwendung der schärfsten Mittel.

Berlin, 27. Juli. (Eigenbericht.) Der gestern von der Reichsregierung gegen die Regierung Bayerns erlassenen Rundgebung wird in der linksstehenden Presse im allgemeinen zugestimmt, jedoch verlangen die Blätter der Arbeiterschaft, daß es nicht bei Worten bleibe, sondern daß gegen die bayerische Reaktion mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden soll. So warnt die „Freiheit“ dringendst davor, die Meinung aufkommen zu lassen, als ob die Regierung zu Kompromissen Bayern gegenüber bereit sei. Nichts wäre schlechter und verhängnisvoller als Schwäche und Unentschlossenheit der Reichsregierung. Der „Vorwärts“ sagt, jedermann dürfe erstreben sein, wenn es gelingen würde, aller Konflikte und schweren Erschütterungen der wirtschaftlichen Lage, unter denen die Arbeitermassen leiden müssen, zu vermeiden, aber vor einem Verfahren, das sie selbst mit vollem Recht als verfassungswidrig bezeichnet habe, dürfe die Reichsregierung nicht zurückweichen, wenn sie nicht das Reich selbst preisgeben will.

Inland.

Die Liebediener der Großgrundbesitzer. In Grazen (Böhmerwald) fand am Sonntag eine deutschbürgerliche Versammlung statt, in der der christlichsozialen Abgeordnete Dr. Peterjila, der Agrarier Kaiser und der Deutschnationalen Dr. Feyerfeil sprachen. In der von Dr. Feyerfeil vorgeschlagenen Resolution heißt es unter anderem: Die Versammelten „erheben die Forderung, daß der derzeitige Grundbesitzer... unangefastet im Besitze der Herrschaft Grazen bleibe und haben das volle Vertrauen, daß dieser Besitzer bemüht sein wird, im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern der Arbeiter, Beamten und Angestellten, den Bauern und Bürgern das große soziale Problem der neuen Zeit zufriedenstellend zu lösen.“ Nach der Versammlung marschieren die Teilnehmer nach dem Wohnsitz des Herrn Quatow, des Besitzers der Herrschaft Grazen, begrüßten ihn alleruntertänigst und Herr Dr. Feyerfeil sprach dem Herrn Großgrundbesitzer den Dank für alle der Bevölkerung erwiesenen Wohlthaten aus. — Aus dieser Nachricht, welche die bürgerlichen Blätter, auch das „Prager Tagblatt“ und die „Bohemia“ ohne jeden Kommentar bringen, ist der ganze Abstieg der deutsch-bürgerlichen Parteien zu erkennen. Die Aufgabe der bürgerlichen Revolution bestand in allen Ländern darin, die Macht der feudalen Großgrundbesitzer, welche ihre Besitztümer vor mehreren Jahrhunderten zusammengekauften haben, — so haben die Vorfahren des Herrn Quatow im dreißigjährigen Krieg, weil sie Soldner und Abenteurer im Dienste der Kaiserin und der katholischen Gegenreformation gewesen sind, ihre Besitztümer erhalten — zu brechen. Diese Forderung der bürgerlichen Revolution haben die deutschbürgerlichen Parteien längst verraten und sie flüchten sich vor dem Ansturm der Arbeiterklasse unter die Fittiche des Großgrundbesitzer und gehen ebenso devot zum ehemaligen Grafen, wie es die leibeigenen Bauern getan haben. Freilich haben es die untertänigen Bauern mit Ingrimm im Herzen getan, während es Herr Dr. Feyerfeil freudig tut. Und eine solche liebedienerische Gesellschaft fordert die deutschen Arbeiter noch zu irgend einer Gemeinschaft auf. Der Stolz und das Selbstbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse verbietet es ihr, mit derartigen Anechtesselen zusammenzugehen.

Hinter verschalten Fenstern. Zu der Nachricht des Sensationsblattes „28. Kijew“, daß die Regierung beabsichtige, die kommunistische Partei aufzulösen, knüpft die „Tribuna“ einige bemerkenswerte Betrachtungen an: Es kann keinem Zweifel darüber geben, daß die Verhältnisse in der Regierungsmehrheit der Nährboden für phantastische Kombinationen und Nachrichten nach Art des „28. Kijew“ sind und an einem sehr heißen und schwachen Punkt der Regierung rühren. Es ist heute ein allgemein anerkanntes Dogma, daß die allnationale Koalition die einzige mögliche Regierung ist und nirgend ist eine Spur davon zu erblicken, daß man dahin arbeitet, damit sie den gefährlichen Charakter der „einzig möglichen“ verliert, obgleich gerade darin die Wurzeln der innerpolitischen Schwierigkeiten liegen. Man hat nicht genug Mut, an die Zukunft zu denken, das Steuer auf ein bestimmtes festes Ziel zu lenken und man schwimmt deshalb lieber ohne Steuer. Man hat nicht den Mut, der Entwicklung der Dinge ins Auge zu sehen und lebt lieber hinter breiterverschlagenen Fenstern, wohin der warnende Lärm der Straße nicht dringt. Und dringt dennoch durch die Fensterläden der scharfe Ton der Ergebnisse gelegentlicher Ergänzungswahlen, dann hat man keine andere Sorge als die, auf welche Art man die Verschaltung der Fenster verbessern kann. Man kann eine Vogelstraußpolitik treiben, aber keine andere hat eine so begrenzte Dauer ihres Seins. — Zu der Nachricht des „28. Kijew“ bemerkt die „Nova Doba“, daß es den tschechischen Sozialdemokraten gar nicht einfällt, Perfektionen gegen die Kommunisten zu verlangen, daß die Partei vielmehr mit den Kommunisten aus eigener Kraft fertig werden wird und keine fremde Hilfe benötigt.

Ein Enttäuschter. In der „Reichenberger Zeitung“ schreibt über die Jung-Lodgmanische Schöpfung Herr Dr. Lurndob: „Die Folge dieser Vorgänge wird sein, daß der eine Teil des (Deutschparlamentarischen) Verbandes vorne, der andere Teil hinten am politischen Wagen ziehen wird. Man kann sich annähernd vorstellen, welche Erfolge gegenüber der festgeschlossenen Phalanx der tschechischen Parteien für die Deutschen erzielt werden könnten. Unter derartigen Verhältnissen ist die allgemein als notwendig erkannte Bildung einer Einheitspartei als Utopie vollständig ausgeschlossen. Getrennt marschieren und getrennt geschlagen werden, unter diesem Zeichen soll nun die deutschböhmische Politik weiter betrieben werden. Eine für die Tschechen vorteilhaftere Politik hätte von gegnerischer Seite wohl nicht erwartet werden können.“

Dr. Lodgman wird sich dieses Urteil wohl kaum hinter den Spiegel stecken.

Ausgelöste Versammlungen. Der deutschnationale Landwirterverband hielt am Sonntag in Mährisch-Osterau eine Versammlung ab, in welcher die Abgeordneten Deller und Hahnreich sprachen. Sie besprachen die Vermögensabgabe, wobei sie darauf hinwiesen, daß die Deutschen in der Schätzungskommission nicht ausreichend vertreten sind. Als Abgeordneter Hahnreich auf die geplante Wählerverstaatlichung zu sprechen kam, löste der anwesende Regierungskommissar die Versammlung auf. Die Veranstalter beriefen sofort eine zweite Versammlung ein, wo Abgeord-

Sieben Tote in Ravenna.

Bomben. — Feuergefecht. — Allgemeiner Aufstand der Landarbeiter.

Ravenna, 27. Juli. Nach dem Abschlusse des Aufstandes der Landarbeiter durch ein Uebereinkommen forderten sozialistische, republikanische und kommunistische Landarbeiter den Abzug der Faschisten aus der Stadt. In den Vorstädten wurden Bomben geworfen, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Zwischen eindringenden Landarbeitern und Fas-

chisten kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf ein Faschist totgeprügelt wurde. Hierauf entwickelte sich ein Feuergefecht, dem sieben Menschen, darunter ein Faschist, zum Opfer fielen. Die Faschisten der Umgebung Ravennas ziehen in Scharen zur Stadt. Der Bund der Landarbeiter bereitet einen allgemeinen Aufstand vor.

Vor einer Schlacht in Südirland.

Kommandant der Aufständischen — de Valera.

London, 27. Juli. (Hunt — Laurentzberg.) Es wird berichtet, daß die irischen Rebellen in Südirland bedeutende Kräfte zwischen den Städten Fermoy und Waterford konzentrierten. (Fermoy liegt in der Grafschaft Cork am Flusse Blackwater, Waterford ist ein Hafen auf dem östlichen Ufer Südirlands an der Mündung des Flusses Suir.) Aus der Tätigkeit der Aufständischen in diesem Gebiete urteilt man, daß sie sich zu einer Schlacht in der

Umgebung von Fermoy vorbereiten, das in früheren Zeiten ein wichtiger militärischer Punkt war. Kommandant der Aufständischen in dieser Stadt sei de Valera. Die Rebellen seien mit Waffen und Munition gut versorgt.

In Westirland treibt General Mac Neon die Aufständischen vor sich her, so daß die Regierungstruppen sie kaum einholen können. Es scheint, daß der Mangel an Waffen und Munition unter ihnen eine völlige Auflösung bewirkt.

Die italienische Regierungskrise.

Rom, 27. Juli. (Sa.) Der König hat den Chef der Volkspartei, Meda, und den Führer der liberalen demokratischen Partei, Denaha, empfangen. Nach Zeitungsmeldungen soll Meda, der vom Könige gebeten worden war, die Regierung zu bilden, dem Könige die Gründe dargelegt haben, die ihn veranlassen, die Regierungsbildung abzulehnen. Beim Verlassen des Quirinals hatte Meda dem Berichterstatter des „Affone“ erklärt, das das neue Kabinett nach den augenblicklichen Umständen nur ein Kabinett der Linken sein könne und daß Denaha und de Nicola eher befähigt seien, es zu bilden als er.

Denava mit der Kabinettsbildung betraut.

Rom, 27. Juli. (Habas.) Die Blätter melden, daß der König Denava mit der Kabinettsbildung betraut hat. Denava pflog mit dem Präsidenten beider Kammer Verhandlungen.

Ein Doppelgänger des „Abeverul“.

Wien, 27. Juli. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet, daß die ungarische Propaganda seit einiger Zeit ein äußerlich zum Verwechseln ähnliches Falstaffat des rumänischen Regierungsorganes „Abeverul“ herausgibt, das antirumänisch schreibt. Wie das Blatt erfährt, sind deshalb seitens Rumäniens bei der österreichischen Regierung bereits diplomatische Schritte unternommen worden, weil festgestellt wurde, daß dieser Pseudo-„Abeverul“ von Wien aus versendet wird. Die Nachforschungen haben ergeben, daß das Blatt nicht in Wien gedruckt wird. Es dürfte also wahrscheinlich in Ungarn gedruckt und durch eine Propagandazentrale nach Wien gebracht werden.

Die große Streikbewegung in Amerika.

New York, 27. Juli. Alle Maschinisten, Heizer und Dunsler, die in den Kohlenbergwerken von Oklahoma, Texas und Arkansas beschäftigt sind, haben heute nachmittags den Generalstreik erklärt. Aus Detroit wird gemeldet, daß die Maschinisten, Heizer und Kohlenleute der Schiffe der großen See nahezu einstimmig den Streik erklärt haben.

Krise in der englischen Maschinenbauindustrie.

London, 27. Juli. In der Maschinenbauindustrie ist eine Krise eingetreten. Die von den Arbeitgebern vorgeschlagene Lohnherabsetzung wurde bei der Abstimmung mehrerer Maschinenarbeitervereinigungen, die 300.000 Mitglieder zählen, abgelehnt.

Sozialistischer Wahltag in einem Bezirke von Wales.

London, 26. Juli (Habas). In einem Bezirke von Wales (Südwales), wurde bei den allgemeinen Wahlen Mr. Jones (Arbeiterpartei) mit 16.630 Stimmen gegen 12.550, welche auf den liberalen Koalitionisten Lewis fielen, gewählt.

Nicht Kemal, sondern Djemal Pascha.

Das Prager Korrespondenzbüro brachte gestern folgende Verichtigung: In der Ausgabe des OAB vom 26. d. M. wurde nach einer über Berlin abgegebenen Sabasbesprechung eine Meldung ausgeben, wonach in Izmit Kemal Pascha ermordet worden sei. Der gedruckte Sabasausgabe zufolge, die heute zur Hand ist, handelt es sich um die Ermordung Ahmed Djemal

Paschas, des bekannten Jungtürkenführers, ehemaligen türkischen Marineministers und ehemaligen türkischen Oberbefehlshaber in Syrien und Palästina. Djemal Pascha, der türkischer Berater im Afghanistan-Krieg war, befand sich auf dem Wege nach Moskau. In der Sabasausgabe vom 26. d. wird einmal von der Ermordung Kemal Paschas, in zwei darauffolgenden Meldungen von der Ermordung Djemal Paschas gesprochen. Das Wolffbüro bestätigt auf unsere Anfrage, daß es sich um Djemal Pascha handelt.

Sozialistische Bildungspflege.

Von Rudolf Rüd. L.

Der Parteitag in Teischn hat die lokalen Parteioorganisationen verpflichtet in jedem Orte einen geeigneten Genossen oder eine Genossin als Bildungssprecher zu bestimmen, damit ein Mangel in unserer Organisation beseitigt worden, der darin bestand, daß die Vertrauensmänner der politischen Organisation mit Arbeiten überhäuft waren und aus diesem Grunde der sozialistischen Bildungsarbeit wenig Zeit widmen konnten. Der Bildungssprecher ist womöglich von allen anderen Funktionen zu entlasten, damit er sich voll und ganz der Bildungsarbeit hingeben kann. Seine Wahl gilt für ein Jahr, doch kann er in der Generalversammlung wiedergewählt werden. Die gewählten Bildungssprecher haben im Einvernehmen mit den Bezirksbildungsausschüssen den Lokalorganisationen Vorschläge über die zu leistende Bildungsarbeit zu erstatten, deren Durchführung mit zu veranlassen, mit zu leiten und mit zu überwachen. Die zu leistende Bildungsarbeit gliedert sich in das Vortragswesen, Büchereien, Festkultur, Exkursionen, Wanderungen und Ausstellungen. Der Bildungssprecher bespricht mit dem Bezirksbildungsausschuss die Themen der Vorträge, die für die Verhältnisse des Ortes und den politischen Reifegrad der Bevölkerung passend sind und unterbreitet diese Vorschläge der Lokalgenossenschaft, die dann die Durchführung beschließt. Für Lichtbilder vorräge vermittelt der Bildungssprecher Lichtbilder für alle proletarischen Vereine des Ortes. Die Lichtbilder werden vom Bezirksbildungsausschuss von der Zentralstelle für das Bildungswesen gegen Leihgebühr bezogen und gegen diese Gebühr den Vereinen zur Verfügung gestellt. Der Bildungssprecher ist im Orte der Anreger von Diskussionsabenden und Vorlesungen. Für alle Bildungsbestrebungen der Arbeiterklasse leitet er die Propaganda ein. Das Büchereienwesen wird durch ihn gefördert, indem er dafür eintritt, daß die vorhandenen Vereinsbibliotheken zu einer Bücherei zusammengelegt und nach dem Einheitsystem der Arbeiterbüchereien eingerichtet werden. Der Ankauf von Büchern wird von ihm gemeinsam mit den Bibliothekaren beraten, die entsprechenden Vorschläge ausgearbeitet und den Organisationen unterbreitet. Er hat dafür zu sorgen, daß die Büchereien in den Buchhandlungen und Schriftensammlungen der Partei besorgt werden. Eine der schwierigsten Aufgaben des Bildungssprecher ist die Beeinflussung der geselligen Veranstaltungen der Arbeiter in der Weise, daß sie vorbildlich für alle ferneren Veranstaltungen werden. Er soll mit dem Bezirksbildungsausschuss die Programme der Feiern und Feste der Organisationen durchberaten und den Veranstaltungen mit Rat und Hilfe beistehen. Er wird sich in hiesiger und entschiedener Weise gegen alle jene Veranstaltungen im Orte aussprechen müssen, die der Würde des kämpfenden Proletariats nicht entsprechen. Sein Bestreben wird sein, die Turn- und Gesangsvereine der Arbeiter für seine Bemühungen auf dem Gebiete der Festkultur zu gewinnen und ein inniges Zusammenarbeiten herbeizuführen. Um die Arbeiter des Ortes für die weitere Ausbildung anzuregen, arbeitet der Bildungssprecher Vorschläge für Exkursionen in Betriebe, Museen, Ausstellungen, Besichtigung von Städten, Wanderungen u.a.m. aus und unterbreitet die Vorschläge den Organisationen. Er empfielt ferner, daß im Orte Bücherausstellungen im Anschluß an Unterrichts- und Kurse gemacht werden und daß für die Kinder der Arbeiter Kinderbüchereien errichtet werden. Ständig bemüht er sich auch, den Erziehungsaufgaben für den proletarischen Nachwuchs gerecht zu werden. Hierbei sucht er die Verbindung mit dem Arbeitervereine „Kinderfreunde“ sowie er sich wegen Kinderwanderungen und Wandertage der Erwachsenen mit den „Naturfreunden“ verständigt.

Diese vielen Aufgaben, denen der Bildungssprecher gewachsen sein muß, machen es notwendig, die Schulung der sozialistischen Bildungspflege durch eigene Kurse für Bildungspflege zu organisieren. Diese Kurse werden von den Bezirksbildungsausschüssen einberufen werden. Diesen Kursen wären auch die Büchereipreker und Bibliothekare beizuziehen. Neue Genossen, die zu Bildungssprecher ernannt werden, müssen ständige Leser des Parteiblattes, der „Bildungsarbeit“ und des Zentralorgans der Partei sein.

Eine sehr wichtige Aufgabe für die Bildungssprecher besteht auch darin, die Bildungsarbeit der „Lassengegner nicht unbemerkt zu lassen.“ Die Stellungnahme hierzu ist durch den Antrag 49 des Teischnen Parteitages gegeben. Ebenso ist die Bildungsarbeit, die der Staat durch seine Gesetze und Behörden anordnet, entsprechend der Weisungen des genannten Antrages, zu behandeln.

Wenn die Kreis- und Bezirksbildungsausschüsse, sowie die Lokalorganisationen darauf achten, daß die Bildungssprecher in dem angedeuteten Wirkungsbereich arbeiten, dann wird auch die sozialistische Erziehungsarbeit weit größere Fortschritte machen, als bisher.

neer Hahnreich sein Referat erstattete. — In Ausha sprach der Abgeordnete Baeran in einer Versammlung. Der Regierungsvertreter löste die Versammlung nach der ersten Viertelstunde ihrer Dauer auf. Die Einberufer wollten daraufhin in einem anderen Gasthause eine Paragraf 2 Versammlung abhalten, woran sie über Auftrag des Regierungsvertreter von der Gendarmerie gehindert wurden. — Die tschechischen Behörden sind also eifrig an der Arbeit, den Deutschnationalen den Märtyrerschein der Verfolgten zu verleihen.

Eintritt des ehemaligen Abgeordneten Drobny in die Agrarpartei. Der ehemalige Abgeordnete Vladimir Drobny hat nach seinem Ausschluss aus der nationalsozialistischen Partei eine Kleinbauernpartei gegründet, die auch in letzter Zeit ein eigenes Blatt herausgab. In der letzten Nummer dieses Blattes begrüßt Drobny die Umwandlung der tschechischen Agrarpartei in eine Partei der kleinen Landwirte und empfiehlt seinen Parteigängern, in diese Partei einzutreten. Die Verhandlungen über die Vereinigung der Gruppe des Abgeordneten Drobny mit der Agrarpartei werden schon seit einiger Zeit geführt und nähern sich dem Abschluß.

Telegramme.

Keine Herabsetzung der deutschen Kompensationszahlungen.

Paris, 27. Juli. Der „Temps“ teilt mit, daß die Vertreter der Alliierten im Kompensationsamt (Frankreich, England, Italien und Siam) die Beratung über das von den alliierten Regierungen unterbreitete deutsche Gesuch um Herabsetzung der monatlichen Kompensationszahlungen von zwei Millionen Pfund Sterling auf 500.000 Pfund beendigt haben. Die Vertreter haben einstimmig einen ablehnenden Beschluß gefaßt, so daß Deutschland weiterhin die bisherige Summe bezahlen muß. Begründet wird die Ablehnung mit dem von Deutschland bei der Kompensationsprozedur betwiesenen schlechten Willen. Poincaré hat dem deutschen Vorkäufer in Paris diesen Beschluß heute mitgeteilt.

Die österreichische Nationalbank.

Wien, 27. Juli. Der Hauptauschuss hat gestern über das Statut der neuen Notenbank beraten und nach einer Reihe von Abänderungen den Statuten der österreichischen Nationalbank ihre endgültige Form gegeben. Dieses Statut enthält u. a. folgende Bestimmungen: Der Bund darf die Mittel der Bank in keiner Weise weder mittelbar noch unmittelbar in Anspruch nehmen, ohne den entsprechenden Gegenwert in Gold oder Devisen zu hinterlegen. Die österreichische Nationalbank, wie das neue Institut heißt, verpflichtet sich, den gesamten Notenumlauf auf die Giroverbindlichkeiten der österreichisch-ungarischen Bank österreichischer Geschäftsführung zu übernehmen, wofür sie ihrerseits als Entgelt das kommerzielle Portefeuille, die Golddevisen und Valutenbestände des genannten Institutes erhält. Der gesamte Notenumlauf darf höchstens das Dreifache des Wertes der Edelmetalle, Valuten- und Devisenbestände der Bank betragen. Die Dauer des Notenprivilegs ist vorläufig mit 20 Jahren bemessen d. i. all bis 31. Dezember 1941. Dazu muß aber bemerkt werden, daß der neuen Notenbank das Recht zusteht, um eine weitere Verlängerung des Privilegs nachzusuchen.

Die Zusammenkunft Lloyd George-Poincaré.

Paris, 26. Juli (Habas). Die Zusammenkunft Poincarés mit Lloyd George wird wahrscheinlich am 7. August stattfinden. In Paris werden die Moratoriumsfrage bis zum 15. August zu lösen.

Ausland.

Auch München gegen die bayerische Regierung.

Neben den meisten Stadtverwaltungen der nordbayerischen Städte, die ihre warnende Stimme gegen den Münchener Verfassungsbruch bereits erhoben haben, protestierte am Dienstag der Stadtrat der Landeshauptstadt München gegen die Politik der bayerischen Regierung. Folgender Antrag wurde angenommen:

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München bedauert und verurteilt die in ihrer Wirkung unübersehbare Stellungnahme der bayerischen Regierung gegenüber den vom Reichsrat und Reichstag mit großer Mehrheit beschlossenen Gesetzen zum Schutze der Republik. Durch diese Stellungnahme werden ernste Gefahren in politischer und insbesondere für die Landeshauptstadt fühlbarer wirtschaftlicher Hinsicht hervorgerufen, die den schwer erschütterten Volkskörper aufs ernste gefährden und in ihren Folgen die Reichseinheit bedrohen. Der Stadtrat erwartet von der bayerischen Regierung, daß sie umgehend ihre verhängnisvollen Beschlüsse zurücknimmt.

Die Annahme erfolgte gegen die Stimmen der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei unter den höhnischen Zurufen von der Rechten: „Das ist die neue Koalition!“

Der Vandeneinfall ins Burgenland.

Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte in der Nationalversammlung in Verantwortung einer Interpellation des Margrafen Pallavicini, Hejjas sei nicht wegen Empörung, sondern wegen unerlaubter Werbetätigkeit verhaftet worden und, wenn auch die patriotischen Motive seiner Tat nicht gelehrt werden können, so haben er und seine Genossen durch ihre Unüberlegtheit das Land in eine gefährliche Situation gebracht. Es sei daher Pflicht der Regierung, dagegen energig aufzutreten. Das Gericht werde in dieser Angelegenheit entscheiden. Die Regierung müsse sich jeder Beeinflussung des Gerichtes unbedingt enthalten. Es sei wahrscheinlich, daß das Gericht die patriotischen Beweggründe als mildernden Umstand (!) in Betracht ziehen werde.

Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde mit großer Mehrheit zur Kenntnis genommen. Hierbei stimmten die liberale Opposition und die Sozialdemokraten mit der Regierungspartei für die Annahme der Antwort. Am Schlusse der Sitzung interpellierte der Sozialdemokrat Farkas ebenfalls über die westungarischen Ereignisse und lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung auf den Umstand, daß bewaffnete Truppen gegen einen Nachbarstaat einen Angriff unternommen haben. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte in seiner Antwort, von einer bewaffneten Organisation könne nicht die Rede sein. Die Erhebungen haben festgestellt, daß sich die Insurgenten unbewaffnet an der Landesgrenze angesammelt haben. Es könnte deshalb von einem bewaffneten Angriff gegen einen Nachbarstaat nicht die Rede sein. Die Regierung habe die Bewegung bei Zeiten bemerkt und unterdrückt. Es könne somit abgesehen von dem Zwischenfalle bei Fogersdorf, von einem Angriffe überhaupt nicht die Rede sein.

Unruhen in Paragwah.

Rom, 27. Juli (Laurenziberg). Aus Assuncion wird gemeldet, daß paraguayische Regierungstruppen gegen die in Villarica konzentrierten Aufständischen vorrücken.

Erwedung.

Ein Roman von Oskar Maurus Fontana.

Begouja sah zu Maden, dann nochmals zu dem leeren Brett und wandte sich wieder dem Sohn zu. Er verzog den Mund, fast wie ein Kind. Ganz leise sagte er dann: „Was macht dich so groß? Wie bist du gewachsen? Und beugst dich nicht! Die Schlüssel?“

An Madens Schläfen zitterten die Adern, er wollte es schreien, brachte es aber stodend heraus: „Ich —!“

„Bist du der Herr?“
„Einer muß es sein.“
„Dann sagte ich dir: Ich bin es nicht mehr, sei du es!“

Madens Trost steifte sich: „Du sagtest es nicht, du tatest es. Du warst im Fieber, bist im Fieber, hängt dich an so eine und verwirft nicht dein, mein, mein Geld.“

Die Stimme Begoujas hob sich, dunkel, geädert vor Horn: „Dein Geld? Wer bist du?“
Mit Verneinlichkeit schrie ihm Maden zurück: „Dein Sohn.“

Begoujas Augen drängten sich aus den Höhlen, sein breiter Nacken stemmte sich hoch: „Mein Müller bist du! Hörst du? Mein Anecht, mein allererbärmlichster Tagelöhner. Gib wieder, was du geraubt hast, schnell, leg es vor mich nieder.“

Maden zögerte. Krampfhaft hielt er in der Tasche die Schlüssel in der Hand, ließ nicht locker.

Begoujas Stimme sank zu Spott: „Schlüssel? Der Schlosser wird andere machen, du aber wirst wandern müssen auf der Landstraße, noch in dieser Stunde, und wirst suchen müssen Brot und Haus. Oder — leg nieder!“

Die Helfershelfer der Rathenaumörder.

Berlin, 27. Juli. Zum Rathenaumorde teilt die „V. Z. am Mittag“ mit, daß in den letzten Tagen noch mehrere Personen unter der Anführung verhaftet worden sind, den beiden Mördern auf der Flucht Hilfe und Beistand geleistet zu haben. Unter den Festgenommenen befindet sich der Kapitän Wolfgang Dietrich

aus Halle, der verdächtig ist, den Verbrechern kurz vor ihrem Aufenthalte auf der Burg Saaleck behilflich gewesen zu sein. Die Hauptverhandlung gegen alle an dem Morde beteiligten Personen wird vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfinden. Der Termin ist noch nicht fest.

Hejjas auf freien Fuß gesetzt!

Budapest, 27. Juli. (U. M. A.) Der Staatsanwalt verkündete heute dem Beschluß der Staatsanwaltschaft, laut welchem der Angeklagte Jwan Hejjas und sechs andere Angeklagte auf freien Fuß gesetzt werden. Fünf Angeklagte wurden in Untersuchungshaft belassen. Die Gründe, von denen sich die Staatsanwaltschaft hat leiten lassen, lagen darin, daß

„der Nachweis der Strafbarkeit der Freigelassenen längere Zeit beanspruchen würde, was mit dem Strafverfahren unvereinbar wäre.“ Die Angelegenheit der in Untersuchungshaft Verbliebenen wurde ebenso, wie diejenige, die auf freien Fuß gesetzt wurden, dem ordentlichen Gerichte überwiesen.

Tages-Neuigkeiten.

Genosse Anton Kamec feiert heute ein seltenes Jubiläum. Es sind gerade fünfzig Jahre, seitdem er in die tschechische Buchdruckerzunft der Rührerschaft in Brünn als Seherlehrling eintrat. Bald nach seiner Auslehre stellte er sich in die Reihen der Arbeiterbewegung, in der er seither ununterbrochen tätig ist. Nicht nur in der Organisation der Buchdrucker stand er an hervorragender Stelle, er betätigte sich auch stets mit rastlosem Eifer in der politischen Bewegung, für die er schon in früherer Zeit durch Wort und Schrift wirkte. Damals stand Genosse Kamec auch den deutschen Genossen sehr nahe und längere Zeit hindurch schrieb er Artikel für den „Völkfreund“, damals das einzige deutsche Parteiblatt im Gebiete der heutigen Tschechoslowakischen Republik. Im Jahre 1894 wurde er als Redakteur der neu gegründeten „Dělnické Listy“ nach Wien berufen, wo er verblieb, bis er im Jahre 1897 nach Prag ging, um hier die Stelle eines leitenden Redakteurs am „Právo Lidu“ zu übernehmen. Er war viele Jahre Abgeordneter im österreichischen Reichsrat und gehört jetzt als Abgeordneter der Prager Nationalversammlung an. Dem noch immer unvermindert rastlos seien am heutigen Tage auch unsere herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen!

Der energische Löwe. Wie ein Siegesjubel wehte es gestern durch den Blätterwald. Endlich ein sichtbares Zeichen der Entfesterung, endlich ein offenes Bekenntnis zum neuen Staat, und zwar ein Bekenntnis von ewiger Dauer. Am Gebäude der Prager Polizeidirektion wurde vorgestern, in der Höhe des ersten Stockwerkes, das mächtige bronzene Wappen der tschechoslowakischen Republik angebracht. Nun es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, daß man den doppelköpfigen Piepmaz entfernte und durch das neue Wappen ersetzte, und wir sind weit entfernt davon, darin etwas Böses oder Lächerliches zu sehen. Wir möchten nur den Wunsch ausdrücken, der Wechsel des Wappens möge auch endlich einen Wechsel des in diesem Hause waltenden Geistes bringen. Nach den Zeitungsmeldungen stellt das Wappen einen „mächtigen bronzenen Löwen mit energischer Gestalt“ dar, der auf hartem Steinsockel aus rötlichem schwedischen Granit ruht. Die „Kardoni Listy“ fügen noch einmal hinzu: Das Ganze wirkt mächtig und energig. Wir wollen hoffen, daß der energische Löwe seine Energie nicht nur den armen Teufeln

gegenüber in Anwendung bringt, sondern auch den vielen Wucherern und Blutsaugern seine energighe Geiste zeigt, damit er sich nicht seines rötlichen granitenen Sockels zu schämen braucht.

Sie reinigen schon wieder. Von „Reinigung“ in der kommunistischen Partei war während der letzten Zeit so wenig mehr zu hören, daß man fast zu der Meinung kommen konnte, die ungeheuren Verheerungen, namentlich der Kommunisten deutscher Abteilung seien jetzt bereits endgültig gestillt und in Ordnung befunden worden. Nun müssen wir feststellen, daß wir beinahe zu einer irrigen Annahme gelangt wären, denn es wird gerade in diesen Tagen wieder feste mit der Reinigungskampagne begonnen. Am 23. Juli fand beispielsweise in Kaadan, der westböhmischen Hochburg der Moskauerhänger, eine Bezirkskonferenz statt, in welcher der Sekretär bewegliche Klagen über die Lohheit ausstieß, die sich in der Parteiarbeit bemerkbar mache. Der Sekretär ist von Mitgliedsstand und Markenbezug nicht sehr erbaunt und beantragte — nach dem Bericht der „Internationale“ — den Ausschluß der Mitglieder, welche ihre Beiträge nicht ordentlich bezahlten. „Dieser Antrag wurde“ — so schreibt das Blatt — „zum Beschluß erhoben und wird somit die Reinigung in der Partei durchgeführt werden.“ Nach dem, was der Bericht sagt und noch mehr nach dem, was er verschweigt, scheint es also nun auch im Gebälke der kommunistischen „Hochburgen“ zu krachen. Die Reinigungen werden sie zu Ruinen machen. Aber „neues Leben“ wird aus ihnen wohl schwerlich bläsen.

Die Konferenz der Pressbürovertreter der Kleinen Entente und Polens in Karlsbad ist beendet. Nachdem sie sich gegenseitig der wärmsten Freundschaft und innigsten Interessengemeinschaft versichert hatten, lehren nun die Delegierten nach diesem Erholungsurlaub zu ihrer „staatsverhaltenden“ Arbeit zurück. Natürlich wurden auch in Karlsbad Resolutionen gefaßt und „Richtlinien“ festgelegt. Viel Neues enthalten diese Resolutionen nicht, denn sie verlangen nur eine bessere Auswertung der bisher geübten Praxis, nämlich einen noch engeren Zusammenschluß der einzelnen Pressangelegen und eine Engerknüpfung der gemeinsamen Interessen. Der Ausflug nach Karlsbad scheint den Delegierten eine willkommene Abwechslung gewesen zu sein und da die Herren auf Kosten der anderen Staatsbürger rüchlich gerne Reisen unternahmen, haben sie den jamosen Beschluß gefaßt, alljährlich zwei (!) Presskonfe-

renzen abzuhalten und zwar immer in einem anderen Staate, damit die Delegierten jedenfalls auch fremde Städte und Länder auf Staatskosten kennen lernen. Gemündliche Sterbliche (Staatsbürger, die der Staat nur als Steuerzahler erachtet) reifen im Sommer auf eigene Kosten oder müssen zu Hause bleiben. — Die Vertreter der Pressbüros der Kleinen Entente machen zum Zwecke der „Pfleger gegenseitiger guter Beziehungen“ — „Konferenzreisen.“ Eines fehlt jedoch vollständig in dem offiziellen Berichte über die Karlsbader Konferenz, der uns vorliegt: Ein Beschluß, sich in Zukunft bei der Information der Bevölkerung mehr der Wahrheit zu bedienen. Ein derartiger Beschluß würde ja nicht im Interesse der versammelten Pressbüros und ihrer Brotgeber liegen!

Das Internationale Arbeitsamt zur Auswanderungsfrage. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes setzte Mittwoch die Beratung des Berichtes über dessen allgemeine Tätigkeit fort. Die von der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf beschlossene Untersuchung der Bedeutung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird planmäßig fortgesetzt. Der Verwaltungsrat beschloß sodann, den Resolutionen der internationalen Kommission für Auswanderungswesen, die im April des Jahres 1921 in Genf tagte, Folge zu geben und stellte als zu prüfende Fragen auf: 1. Die Gleichheit der Behandlung der eingewanderten und einheimischen Arbeiter; 2. Die Begrenzung der Unterbringung an eingewanderte Arbeiter im Einwanderungsland und 3. Festsetzung der Berufs-kategorien der eingewanderten Arbeiter und Zusammenarbeit in Einwanderungsfragen mit anderen internationalen Organen.

Ed gegen Eid. Aus Saaz, 26. Juli, wird uns geschrieben: Ein Prozeß, der noch viel von sich reden machen dürfte, wurde dieser Tage vom Bezirksgerichte Saaz an das Kreisgericht Brüx abgetreten. Vor einigen Monaten sammelte J. U. C. Adler aus Pilsen in Saaz für den Wafaryl-Studienfond. Von einigen Firmen, bei denen er vor sprach, wurde die Behauptung aufgestellt, Adler arbeite, um höhere Spenden zu erzielen, mit falschen Listen. Er habe zum Beispiel bei der Dittersdorfer Filz- und Kraventuchfabrik eine Spende von 2000 K, bei der bürgerlichen Brauerei eine solche von 1000 K erhalten, trotzdem diese beiden Firmen nur 200, respektive 100 K dem Studienfond überwiesen. Die Firmen sprachen die Meinung aus, Adler wolle mit diesen auf das Fehlsache erhöhen Bismarck andere Firmen zwingen, gleichfalls höhere Beiträge zu zahlen. Wegen dieser Beschuldigung erhob J. U. C. Adler Ehrenbeleidigungsklage gegen eine Reihe angesehener Herren in Saaz, u. zw. den Obmann der Bürgerlichen Brauerei Ewald Reichert, Otto Marcel Bebert, den Buchhalter der Humanic A. G. Hugo Roggenbantz und den Vertreter der Exportbrauerei Ernst Tränka. Bei der Verhandlung wurde der Fabrikant Lüdersdorf als Zeuge einvernommen und bezeugte unter Eid, daß tatsächlich die Liste, die ihm vorgelegt wurde, bei der Filz- und Kraventuchfabrik und bei der Bürgerlichen Brauerei 2000, bezw. 1000 K als Spenden auswies. Auf diese Aussage hin beantragte J. U. C. Adler die Abtretung des Falles an die Staatsanwaltschaft wegen Verdachtes des Meineids und Betrugs, begangen durch Lüdersdorf, und erklärte gleichfalls unter Eid, daß eine solche Liste nicht existiere. Nunmehr stellte ein Vertreter der Angeklagten den Antrag, die Akten wegen Verdachtes des Meineids, begangen durch J. U. C. Adler, der Staatsanwaltschaft gegen Adler Untersuchungsakten zu verhängen. Der Richter gab dem Antrag des Verteidigers auf Abtretung der Akten an die Staatsanwaltschaft statt.

Er lachte breit, herrisch, unbeugsam. Maden hörte. Das Lachen drang wie Gift in ihn, es machte ihn klein, es erniedrigte seine Tat, es besiegte ihn vollends. Er war nahe daran, besinnungslos hinzustürzen. Seine Nerven zerrissen die Anspannung, er warf die Schlüssel zu Boden. Er sah ihnen nach, wie sie durch die Luft blühten, auf der Erde kollerten und dann auseinandergerückt liegen blieben wie ein Tier mit rundem, gewölbtem Rücken und vielen Beinen und lachte gequält, zerissen. Begouja lachte nur noch schallender, in Glorie des Siegers. Madens Augen hingegen noch immer an den Schlüsseln, etwas zog ihn zu ihnen hin, sie waren Traum und Erfüllung, er fühlte, daß ihm vor Lachen die Tränen in die Augen kamen, er wandte sich und lief ins Innere des Turmes, noch immer lachend und im Tiefsten gekränkt durch die Tränen, die vielleicht ja nicht nur aus dem Lachen kamen. Er hörte noch hinter sich die bärenhafte Stimme seines Vaters: „So recht, Söhnchen!“, war in seinem Zimmer, war in Dunkelheit, fiel über das Bett, Schluchzen schüttelte den ehrgeizvergerren Leib, lief vom Genid über den Rücken bis zu den Beinen. Aber Tränen kamen nicht mehr.

Begouja hob die Schlüssel auf. Schlenkernd ging er zum Brett, hängte sie an ihren alten Platz, sah sie an und lachte. Seine Augen leuchteten. Er lud Dajuna und Stojtscha ein, am Tisch Platz zu nehmen, weckte Lasar, drängte auch ihn zum Tisch, holte Wein. Und sie tranken. Er schien Dajuna vergessen zu haben, sich bloß seiner siegreichen Kraft, seines beherrschten Besitzes zu freuen. Er brüstete sich laut, erzählte von den alten Schmudstüden der Familie und wieviel seiner Geliebten nur eins davon haben wollten, am liebsten die schwere Kette. Er beschrieb diese, breit, ausföhrlich, mit Behagen bei jeder Einzelheit verweilend. Aber die würde er nur der umhängen, die er am allerliebsten hätte. Bis jetzt sei ihm das nicht begegnet

und so ruhe die Kette noch immer im Schrein. Von dem Schmutz sprach er zu den Frauen über, die ihm Liebe und Ehrang gewährt hatten. Ruhmredig erzählte er, hahnenhaft erfüllt von sich. Bei alledem sah er Dajuna nicht an, er sprach in die Luft, nicht einmal zu sich selber, er unterbrach sich oft ärgerlich, verstummte jäh, sah zu Boden wie in Scham, irrite mit den Augen zu den in den Winkeln und an den Wänden hockenden Schattien, setzte dann versinkend das Glas an die Lippen und fing wieder an.

Dajuna merkte, das alles ginge sie an, aber sie hatte nur ein Lächeln, ein glühendes und irrlichterndes. Hinter dem sah aber die Angst, Angst vor Begouja. Sie war stärker gewesen. Sie hatte sich seiner rohen Kraft nicht gebeugt, war nicht unterlegen, nein, sie hatte ihn besiegt im Schlitzen, das wußte sie, aber je länger sie sein Wesen spürte, dieses, das hinter den Worten war und tagenhaft ausholte und nichts von dem so leicht hergab, was es in seine Höhle geholt hatte, desto mehr kam ihr Unruhe ins Blut. Sie fühlte Gewalt, die nicht durch Lächeln zu brechen war, sie fühlte sich immer mehr verstrickt, gehalten, versinken in etwas Dunkles, Schattenhaftes, Erdschweres. Jede Minute Aufenthalt war Gefahr. Sie mußte handeln, rasch: Flüchten, in die Stadt, noch in dieser Nacht, sich diesem Ungeheuern entwinden, noch in dieser Nacht. Das zuckte in ihr bei Begoujas aufgeweckten Worten. Oft sah sie nach der Tür.

Stojtscha blühte sie indessen an, heimlich, aber immer wieder flohen seine Augen in Schreck und Abscheu vor diesen bösen Lippen, und irrend nippte er dann am Wein, hörte nicht, rief in lachender Wirtal die Finger am Stiel des Kelchglases. Zuweilen glaubte er, aus einem Schneewald auf eine freie Kuppe zu treten, und unten tief unten, eingeschnitten zwischen den Bergen an schimmernd gleitendem Fluß fruchtbares Acker- und Weideland zu sehen, in flächhafter Rein-

heit und Unerührtheit. Die Stimme seines Vaters weckte ihn.

Lasar sah in den Stuhl vergraben, blinzelte, hielt den Kopf schief, schien aufmerksam zuzuhören. Dennoch — in seinem Gesicht war seltsame Fremdheit und rätselhaftes Aderwosen. Als hätte das Begouja gespürt, unterbrach er sich plötzlich, wandte sich an Lasar: „Erzähle du. Von Chicago. Wie dein Arm verloren ging. Es wird sie interessieren. Warum soll ich immer reden? Bundesbruder, rede auch du!“

Lasar schlug die Augen auf, in deren taube Trübheit sternhaftes Licht verstreut war, sah nicht nach rechts oder links, blickte nur Begouja an, auch während er erzählte, aber sein Blick haftete nicht, ging durch, als sähe keiner vor ihm. Er wehrte sich nicht, mit einer sehr leisen, des Sprechens ungewohnten Stimme, begann er folgsam wie ein Schulkind, manchmal unterbrochen durch ein schüchternes Hästeln:

„Ich ging nach Amerika, weil Hunger und Not die heilige ferbische Erde drückte. Ich kam nach Chicago, trat in die Schlächterei des Millardars Benjamin Stone ein. Es waren große Schlächtereien und viele, und in jeder wurden Tag für Tag hundert Schweine gestochen. Stones Büchsenfleisch, ich sah es später einmal wieder in Belgrad bei einem Kaufmann. Das kam von den Schweineschlächtereien Chicagos. Mir ging es gut. Ich hatte nicht zu klagen. Ich brachte es bald zum ersten Schlächter, ich hatte eine Harpune, mußte so zustehen, daß das Schwein beim ersten Stich tot war. Dann wurde es fortgerissen, geteilt, geschnitten. Ich weiß nichts davon. Ich hatte meine Harpune. Neben der Schlächtereien waren die Gleise der Eisenbahnen. Die Züge, die kamen, waren voll mit lebendigen Schweinen.“

(Fortsetzung folgt.)

Eine kleine Verwechslung, die sich nicht einmal durch die Hundstagszeit entschuldigen lässt, da ja alles statt zu schweigen, jämmerlich feiert, ist der „Prager Abendzeitung“ passiert, die Mittwoch folgende Meldung brachte:

Auffindung eines Werkes Casanovas. Aus Budapest wird gemeldet: In der Gemeinde Gyömrö wurde ein eingemauertes Marmorrelief gefunden, ein Originalwerk von Casanova, das einen trauernden Genius darstellt. Das Werk wurde Ende des 18. Jahrhunderts von der gräflich Wartenfelschen Familie der Kirche zur Aufbewahrung übergeben und um die Mitte des vorigen Jahrhunderts eingemauert.

Das Blatt hat den italienischen Bildhauer Antonio Canova, vom dem wahrscheinlich das aufgefundenen Marmorrelief stammt, mit seinem noch mehr bekannten Landsmann Casanova, dem Abenteurer und Schriftsteller verwechselt. Wir sind aber überzeugt, daß die Leser und Leserinnen der „Prager Abendzeitung“ mit großer Freude die Nachricht vom „trauernden Genius“ Casanovas gelesen haben.

Eine Friedensmanifestation in Prag. Die Friedensgesellschaft C. B. L. e. i. c. h. in Prag veranstaltete gelegentlich des Londoner Friedenskongresses unter Beteiligung der Arbeiterkorporationen und der Invalidenorganisationen am Samstag, den 29. d. um 6 Uhr abends einen Manifestationszug vom Stadipark über den Wenzelsplatz und den Graben auf den Alstädterring, wo Ansprachen gegen den Krieg gehalten wurden.

Das Abschließen der Plattformen auf fahrenden Straßenbahnwagen. Der Oberste Gerichtshof in Brunn hat eine Entscheidung gefällt, die für den Verkehr auf den Straßenbahnen wichtig ist. Die Klägerin M. S. fiel nämlich während der Fahrt infolge eines festigen Rucks des Motorwagens der elektrischen Straßenbahn in Brunn von der Plattform herab, geriet mit dem linken Fuß unter die Räder des Anhängewagens und erlitt eine Verletzung. Der Oberste Gerichtshof ging von der Ansicht aus, daß die Fahrt auf offener Plattform stets für die dort stehenden Personen mit der Gefahr des Herausfallens bei einer stärkeren Erschütterung verbunden ist. Die Plattformen sind gewöhnlich mit Anhängern oder anderen festen Gegenständen zum Anhalten versehen zu sein, aber diese Vorkehrung genügt keine genügende Sicherheit. Es ist daher die Pflicht der Straßenbahn, darauf zu achten, daß die Plattformen während der Fahrt auf beiden Seiten ordentlich geschlossen seien, und zwar die vordere Plattform stets, die rückwärtige wenigstens dann, wenn dem Wagen ein Anhängewagen folgt. Hierbei ist jedoch ein Rücksicht auf die Gefahr der Verletzung der Fahrgäste zu nehmen. Die Klägerin hatte, als sie am Rande der offenen Plattform stand, den Schaffner oder die Bediensteten zur Schließung der Plattform auffordern sollen. Durch diese Unterlassung hat sie den Unfall mitverschuldet. Das Gericht hat demnach geteiltes Verschulden angenommen und der Klägerin die Hälfte des Schadens zugesprochen.

Schrecklicher Tod eines Wilderers. Bei Kuschwarda wurde dieser Tage ein Wilderer von einem Hörsfer auf bayerischem Gebiete angehalten. Der Wilderer starb an den Folgen des Blutverlustes und wurde erst nach einigen Tagen von Kindern auf der Kuhweide aufgefunden. Am Sonntag trug man den Toten in Kuschwarda zu Grabe. Er hinterläßt drei unmündige Kinder.

Die Ausbreitung der Tollwut. In letzter Zeit häufen sich die Meldungen über Fälle von Tollwut bei Hunden und Katzen in erschreckendem Maße. Besonders bedenklich aber hat diese Geißel in Mähren an Anfang zugenommen und es sind leider auch die Fälle nicht selten, in denen diese sehr oft tödliche Krankheit auf Menschen übertragen wurde. Während früher die Zahl der an Tollwut erkrankten Personen durchschnittlich 60 bis 70 im ganzen Jahr betrug, von denen nur vier Fälle tödlich endeten, wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1922 bereits 217 Fälle von Infektion verzeichnet; sieben der Infizierten starben an der Wut. Die Bevölkerung wird daher im eigenen Interesse darauf aufmerksam gemacht, alle Verhaltensmaßnahmen gegen diese Seuche aufs genaueste zu befolgen und stets jeden Fall, wo ein Biß seitens eines wutverdächtigen Tieres vorgekommen ist, zur amtlichen Anzeige zu bringen.

Liebesdrama. Am Mittwoch nachmittags schloß in Karbý der Fabrikarbeiter Anton Breite aus Anlaß auf seine Geliebte Anna Rova! nach einer Auseinandersetzung in der Nähe des Friedrich-Schachtes. Breite entleibte sich dann selbst. Das Mädchen ist nur leicht verletzt.

Ueberfall auf einen Lastzug. Am Mittwoch wurde ein von Prag-Lieben kommender Lastzug bei einem Bahnhofsübergang über der „Gajorka“ von bewaffneten Räubern überfallen. Die Räuber schossen auf das Zugpersonal und warfen eine Kiste aus dem Zuge. Der Zugführer wurde durch einen Schuß in den Rücken verletzt. Die Räuber flohen. Nach den Tätern wird eifrig gefahndet.

Tödliche Unfälle. In einer Sandgrube bei Döps im Böhmerwalde arbeiteten die 16jährige Kleinbäuerstochter Margarete Hejda und ihr 16-jähriges Dienstmädchen Anastasia Solnetbauer. Plötzlich löste sich die Sandwand los, an der die beiden arbeiteten und begrub sie beinahe vollständig. Während es gelang, das Dienstmädchen lebend herauszuschöpfen, war die Hejda bereits tot; durch die herabfallenden Gesteins- und Sandmassen vollständig verschüttet, hatte sie den Tod durch Ersticken gefunden. — Im staatlichen Elektrizitätswerk in Pilschfelde ereigneten sich am Montag zwei tödliche Unfälle. Am Vormittag stürzte der Schürer Walter Stahr durch ein Glasdach in das Kesselhaus hinein. Durch den Sturz auf Maschinenteile erlitt er schwere innere Verletzungen, denen er binnen kurzem erlag. Der zweite Unfall ereignete sich am Nachmittage. Der Schlosser Max Hermann aus Jitau kam auf einem Eselgerüst mit der Starkstromleitung in Verbindung und stürzte in die Tiefe. Er erlitt einen Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Kleine Chronik.

Der Flug um die Erde; Blase abgestürzt. Bei der Landung in Sibi ist, wie aus Karachi gemeldet wird, Major Blase abgestürzt. Blase und sein Begleiter blieben unverletzt. Das Flugzeug wurde schwer beschädigt. Durch diesen Unfall verzögert sich die Weiterreise um sechs Tage.

Cholera in Moskau. In Moskau sind in der letzten Woche 22 Cholerafälle festgestellt worden. Auch Fälle von akuter Gastroenteritis sind in Moskau zu verzeichnen.

Waldbürden in Serbien. In einigen Bezirken der westserbischen Kreise Ulice und Kraljevo und im Sandškal sind in letzter Zeit aus unbekannter Ursache große Waldbürden entstanden, welche erst nach einigen Tagen lokalisiert und gelöscht werden konnten. Der Schaden beziffert sich auf mehrere Millionen Dinar.

Lustschiffdienst England-Indien. Die große englische Petroleumgesellschaft Shell und die Firma Vickers haben der englischen Regierung einen Vorschlag zum Betriebe eines Lustschiffdienstes für Post- und Passagiere nach Indien vorgelegt. Der zu verwendende Schiffstyp soll fünf Millionen Kubikfuß groß sein, 80 Meilen pro Stunde zurücklegen und 200 Passagiere tragen. Die Reise 1. Klasse soll 70 Pfund Sterling, 2. Klasse 45 Pfund Sterling, die Rückfahrt 90, bzw. 60 Pfund Sterling kosten. Die Reisezeit ist auf dreieinhalb Tage festgesetzt. Das Dominion Indien soll für die Dauer von zehn Jahren 40.000 Pfund Sterling jährlich beisteuern. Das Luftamt und die Admiralität halten den Plan für ausführbar.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Beratung über die Herabsetzung des Brotpreises und des Preises für weißes Gebäck. Das Ministerium für Volksverpflegung beruft für Samstag, den 29. d. die Interessenten zu einer Beratung betreffs einer weiteren Herabsetzung des Preises für Brot und weißes Gebäck ein.

Die Passivität der deutschen Handelsbilanz. Der auswärtige Handel Deutschlands hat im letzten Monat wiederum einen gewaltigen Einfuhrüberschuß gebracht. Mit einem Saldo von über 8 Milliarden Mark ist im Juni der bisherige Rekord einführüberschuß von 5,3 Milliarden Mark im Mai um rund 3 Milliarden Mark überholt worden; im April d. J. hatte der Importüberschuß gleichfalls 5,3 Milliarden, im März jedoch nur 1,7 Milliarden betragen. Mit dem neuen Einfuhrüberschuß des Juni ergibt sich für die letzten 4 Monate: März—Juni d. J. eine Passivität der deutschen Handelsbilanz von insgesamt 20 Milliarden Mark. Diese Erscheinung ist mit einer Ursache der Markentwertung.

Die Verwaltung der russischen Handelsflotte. Im Hinblick auf die außerordentliche Unterbilanz der staatlichen Verwaltung der russischen Handelsflotte wird diese Verwaltung jetzt auf kommerzielle Basis gestellt. Es wird eine Zentralstelle der Verwaltung der staatlichen Handelsflotte und der Häfen gebildet. Die einzelnen Hafenverwaltungen bleiben nach wie vor staatlich. Der Zentralstelle werden vier Reedereien: die Baltische mit dem Hafen von Petersburg, Nordische mit dem Hafen Archangelsk, die Schwarzmeerreederei mit dem Hafen von Odessa und die Kaspiische mit dem Hafen Baku unterstellt. Die einzelnen Reedereien umfassen in jedem Gebiete die dort stationierten Handelsschiffe und die Hafenanlagen. Sie müssen auf kommerzieller Basis, ohne jegliche staatliche Unterstützung, ihren Betrieb führen und haben außer der Durchführung dieser Organisation die Aufgabe, das ausländische Kapital zu interessieren. Die Hafenverwaltungen in den genannten vier Hafenplätzen bleiben staatlich wie bisher. In der Zentralstelle in Moskau werden staatliche Vertreter an der Verwaltung teilnehmen. Es besteht die Absicht, die Reedereien in gemischte Gesellschaften überzuführen, gegebenenfalls Aktiengesellschaft nach ausländischem Muster zu bilden.

Kurze der Valuten.

Prager Kurse. Es kosten: 100 holl. Gulden 1719, 100 Mark 885, 100 schweiz. Franken 837, 100 Lire 199 1/2, 100 franz. Franken 363,50, 1 Pfund Sterling 196,50, 1 Dollar 44,50, 100 belg. Franken 348, 100 Dinar 56,25, 100 österr. Kronen 0,19, 100 poln. Mark 0,79, 100 ung. Kronen 2,97 1/2.

Zürcher Kurse. Berlin 1,01 1/2, Wien 0,01 1/2, Prag 12, Holland 204,85, New York 5,26 1/2, London 23,43, Paris 43,70, Mailand 24,07, Budapest 0,35, Agram 1,56, Warschau 0,08 1/2, Wien gest. 0,02.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenzen. Bilin: Sonntag, den 6. August findet um 9 Uhr vormittags in der Volkshalle in Bilin die ordentliche Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung statt: Berichte, Referate, Neuwahl der Bezirksvertretung und allgemeine Parteiangellegenheiten. — Brüx: Bezirkskonferenz am Sonntag, den 6. August im Gasthause „zur Michelober Bierhalle“ in Brüx mit folgender Tagesordnung: Berichte, Referate über die politische Situation und Neuwahl der Bezirksvertretung. — Oberleutensdorf: Auf der Tagesordnung der am Sonntag, den 30. Juli in Wils Gasthaus in Rieklsdorf stattfindenden Bezirkskonferenz stehen Berichte, ein Referat über die wirtschaftliche und politische Lage und Neuwahlen.

Literatur.

Reichsdeutsches Arbeiterrecht.

Erkennen, was ist. Unter diesem Leitwort hat Clemens Rörpel, der Sekretär der Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und des Afa-Bundes nunmehr die „Spruchsammlung“ als den 2. Teil seines Werkes „Aus der Betriebsrätepraxis“ (Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin-S.W. 68, Ladenpreis 70 Mark) erscheinen lassen. In übersichtlich geordneter Darstellung enthält das Buch eine Sammlung von Bescheiden, Schiedssprüchen und Urteilen, wie sie die Rechtsprechung und Auslegung des Betriebsrätegesetzes sowie der Verordnungen vom 23. Dezember 1918, vom 12. Februar 1920 und vom 8. November 1920 zeitigte. Damit wird der reichsdeutschen Arbeiter- und Angestelltenchaft ein bisher in dieser Zusammenfassung fehlendes Material geboten, das zu benutzen insbesondere den Betriebsräten bei Wohnnehmung aller Arbeitnehmerinteressen notwendig und nützlich ist. Die der Reihe nach vorgenommene paragrafenweise Gliederung ist zweckmäßig und ermöglicht, sich sofort bei Eintreten irgendeines Falles zu orientieren, welche Stellungnahmen von Schlichtungsausschüssen und Behörden in ähnl. Fällen erfolgt sind. So wird sich der Betriebsrat bei Streitigkeiten auf Inhalt und Sinn bereits ergangener Entscheidungen stützen können, wie überhaupt dieses Buch als ein beachtenswerter Beitrag zur Vereinfachung der Rechtsprechung im A. D. G. bezeichnet werden mag. Seinem Grundsatze, zu erkennen, was ist, wurde der Verfasser durchwegs gerecht. Wo es aber möglich war, sind einwandfrei die den Arbeitnehmern nützlichsten Auffassungen herausgearbeitet, sowie auch eigene Auffassungen und praktische Erfahrungen mit entsprechenden Erläuterungen eingeflochten.

„Kommentar zum Arbeitsnachweisgesetz.“ Von Dr. Berger, Reg.-Rat. im Reichsministerium, und W. Donau, Reg.-Rat. im Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Der deutsche Reichstag hat am 13. Juli das Arbeitsnachweisgesetz angenommen, das am 1. Oktober 1922 in Kraft tritt. Damit ist das Arbeitsnachweiswesen auf rechtliche Grundlage gestellt worden. Im einzelnen sind, entsprechend dem Zustandekommen des Gesetzes als Kompromiß nach schwierigen Verhandlungen und Kämpfen, Rechte und Pflichten daraus auf Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Behörden verteilt. Richtiges Erfassen der Rechtslage durch alle Beteiligten ist Voraussetzung dafür, daß das Gesetz ein wirklicher Fortschritt wird. Insbesondere müssen die Organisationen der Arbeitnehmer, die an der im Gesetz vorgesehenen Selbstverwaltung teilnehmen, bereits vor Antritt des Amtes wie während der Amtsführung das Maß ihrer Rechte und Pflichten und die Praxis der Arbeitsvermittlung gründlich kennen. Diese Kenntnis will der „Berger-Donau“ vermitteln. Hochmann und Jurist wirken darin zusammen. Außer dem Text des Gesetzes selbst, der in all seinen rechtlichen und sachlichen Zusammenhängen erläutert ist, enthält das Buch alle wichtigen Regeln und Ausführungsbestimmungen über Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, ein Verzeichnis aller Arbeitsnachweisämter usw. Der Preis des Werkes beträgt 80 Mark, erschienen ist es gleichfalls im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin-S.W. 68, Lindenstraße 2.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Prag. Sonntag, 30. Juli: Wanderung: Rostklatz—Doubrawský Wald—Jezwaner Seen. Führer: Reisinger. Ab 8.12 Uhr früh vom Masarykbahnhof, Treffpunkt 7.50. — Sonntag, 6. August: 1. Szawawitz, 2. Riečan—Jezwaner Seen. — Mittwoch, 2. August: Ausschussung im Café „Cetra“ um 18 Uhr. — Sonntag, 6. August: Gaulkonferenz Nordwestböhmens im Naturfreundehaus Vorderzinnwald bei Tepliz.

Turnen und Sport.

1. Deutsches Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig.

Der Festdienstag war offizieller Schlußtag. Leider hatte auch er unter der Ungunst der Witterung zu leiden, am Nachmittag mehr als am Vormittag. Der Kinderfestzug gestaltete sich wie die Festzüge am Sonntag zu einer Demonstration der Jugend. Der Deutsche Arbeiterturnerbund der Leichscholawalei führte auf dem Festplatz trotz des Regens seine eigenartigen Freiübungen durch, die ihren Übungsstoff dem Tauziehen, Schleuderballwurf, Freireigen, Steinstoßen usw. entnahmen. Die Turnerinnen führten zu Boaren Springreifeübungen vor, verbunden mit Hüpf- und Haltungsübungen, die stark unter dem Regen zu leiden hatten. Während des großen Einmarsches der Schulknaben zeigten noch 5 Italiener Turnen am Barren und Pferd. Neuerungen und besonders hervorragende Leistungen waren dabei nicht festzustellen.

Das Leipziger Abendturnen war stillvoll im Aufbau und prächtig in der Ausführung. Dazu gab der bekannte Leipziger Turnfestmarsch den richtigen Schwung, wie ihn die männliche Jugend zeigen soll. Ein entsprechendes Seitenstück dazu war das moderne Mädchenturnen. Rhythmisch in der Aufmachung, allen neuzeitlichen Anforderungen gerecht. Eine Arbeitsleistung, die bei so großen Massen jugendlicher Turnerinnen volle Anerkennung verdient. Nach gleichen Grundfäden — natürlich mit erhöhter Schwierigkeit — war auch das Stabturnen der Leipziger Turnerinnen aufgebaut. Hier war sachmännische Arbeit zu erkennen. Das Wetter machte, je näher der Abend kam, immer wieder erneute Striche durch die Rech-

nung, so daß noch verschiedene Rummern des festgesetzten Tagesprogramms ausfallen mußten, unter anderem auch das große Fußball-Schlussspiel Bundesmeister gegen Auslandsmeister. (Leipzig-Stötterig gegen Weiskirchitz.) Auch das überaus verlockende Programm für die turnerischen und sportlichen Sonderveranstaltungen konnte nur teilweise zur Durchführung kommen. Dafür wogte das Leben in den Hallen weiter und brachte den Ausklang des 1. Arbeiter-Turn- und Sportfestes.

Abends einhalb neun Uhr fand die Schlußfeier statt. Damit hatte offiziell das Arbeiter-Turn- und Sportfest, das erste seiner Art, seinen Abschluß gefunden. Noch am Abend verließen zahlreiche auswärtige Turner in Extrazügen die Feststadt. Mehrere tausend Turner aus den Bezirken Emden, Bremen und Aurich marschierten in geschlossenem Zuge unter Vorantritt von Pfeifer- und Trommlerkorps gegen die achte Abendstunde durch die Stadt nach dem Hauptbahnhof, um sich nach ihrer Heimat zu begeben. Die Münchener Turner fuhrten nach neun Uhr abends ab. Nach Dresden verkehrten in den Abendstunden vier vollbesetzte Sonderzüge. Von der Ostseite des Hauptbahnhofes brachten bis elf Uhr abends 15 Sonderzüge, Vor- und Nachzüge viele Tausende Turner und Turnerinnen nach jubelndem Abschied von Leipzig in ihre Heimat. Von der Westseite wurden in den Abendstunden insgesamt etwa 18 Sonderzüge abgefertigt.

Die Wettkämpfe der Schwimmer im Lunapark.

Das Schwimmfest am Montag mit seinen Entscheidungen wurde mit einem Aufmarsch sämtlicher Schwimmer und Schwimmerinnen, etwa 500, eröffnet. — Verband-Wasserballspiele. Nach zehn Vorrundenspielen kamen in das Entscheidungsspiel die Mannschaften Berlin und Hannover, das Berlin mit 2:1 gewann. Es standen sich zwei technisch gleichwertige Gegner gegenüber, wobei eigentlich nur der Zufall den siegreichen Entschieder brachte. — Springen für Frauen und Mädchen über 17 Jahre, fünf Kürsprünge. 1. Veier-Leipzig 33 1/2 Punkte. — Zweikampffür Wasserballspieler. 4x50 Meter Balldrübelstafette, Volkswirt. 1. Wien 50 Punkte, 2. Bayern 40 Punkte. 100-Meter-Schwimmen, bel. 1. Gergelina-Bornwärts Berlin 1,11. — Kreislegastafette für Frauen und Mädchen über 17 Jahre, 3x100 Meter. 1. Schleien (14. Kreis) 2,41 1/2, 2. Sachfen (4. Kreis) 2,46 1/2. — Große Kreisstaffette, jeder Kreis fünf Teile, 100, 200, 300, 200, 100 Meter. 1. Brandenburg (1. Kreis) 14,06 1/2, 2. Rheinland-Westfalen (6. Kreis) 15. — Die Damen des Leipziger Arbeiter-Schwimmervereins zeigten gutes Können im Figurenliegen, ebenso fand das Kunstspringen vom 10-Meter-Turm großen Beifall. In anschaulicher Weise wurde das Verhalten bei der Errettung eines Ertrinkenden gezeigt. — Schwimmen für Mädchen, 100 Meter Brust, 14 bis 17 Jahre: 1. Frä. Veier-Quisburg 1,48 1/2. — Schwimmen für Frauen und Mädchen, 100 Meter beliebig, über 17 Jahre: 1. Frä. Vintau-Leipzig 1,45 1/2. — Vereinsstaffette für Männer, 3x100 Meter: 1. Freie Schwimmer-Neußeln 4,44, 2. D.-Sp.-B. Hannover-Köln 4,54. — Männer-springen, zwei Pflicht, zwei Kür- und zwei Freisprünge: 1. Parto-Wien 41 1/2, Platziffer 6, 2. Golde-Ruantskeberg 39 1/2, Maßjiffer 9. — Vereinslegastafette, 4x100 Meter für männliche Jugend, 14—17 Jahre, Brust, Rücken, Seite, Hand-über-Hand: 1. S.-B. Belle-Berlin 2,57 1/2, 2. A.-S.-B. Gelsenkirchen 2,58, 3. Vorwärts-Berlin 3,02 1/2. — Zweikampffür Männer, drei Kürsprünge, 50-Meter-Schwimmen, a) 35—40 Jahre: 1. Gschardt-Bornwärts-Berlin 46 Punkte; b) über 40 Jahre: 1. Römer-Plauen 49 1/2 Punkte. — Kreislegastafette, 4x100 Meter: 1. Brandenburg (Kreis 1) 5,44 1/2, 2. Sachfen (Kreis 4) 5,58 1/2.

Das Urteil der bürgerlichen Presse.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben über das Sportfest: „Das Arbeiter-Turn- und Sportfest ist beendet. Es hat einen Verlauf genommen, der selbst hochgespannte Erwartungen erfüllte. Die Tage haben gezeigt, daß die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in Deutschland mächtig erstarkt ist. Selbst wer nicht im sozialistischen Lager steht, muß das anerkennen. Forscht man nach den Gründen, so ist klar, daß die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung nur in diesem Maße wachsen konnte, weil sie sich reiflos in der Organisation der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften verankerte. Während die Deutsche Turnerschaft ebenso wie auch die deutschen Sportverbände politische Neutralität (?) um jeden Preis liebt, fühlt sich der Arbeiter-Turn- und Sportbund als Wächter sozialistischer Gesinnung. Er nimmt einen Standpunkt ein, der sich in schärfster Gegensatz zu allen nichtsozialistischen Turn- und Sportfesten stellt.“

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Für den Druck verantwortlich: O. Gollk.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben. Restaurant Goldenes Kreuzel, Prag-Melajanka.